

In den Philippinen prägen zwei Konfliktlinien das politische und gesellschaftliche Leben ganz besonders: Die Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Linken sowie mit muslimischen Freiheitsbewegungen im Süden des Landes. Trotz vieler Friedensverhandlungen, Abkommen und Waffenstillstände ist der Weg zum Frieden weiterhin holprig. Die Euphorie zu Beginn von Duterte's Amtszeit ist verflogen, geht es nun weiter wie bisher?



Friedensbemühungen in den Philippinen

Seit fast fünf Jahrzehnten gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Linken und der Regierung sowie dem Militär. Anlass ist der Wunsch nach einem unabhängigen Staat. Seit dem Sturz des Diktators Marcos forderte dieser Konflikt etwa 40.000 Tote und tausende Binnenvertriebene.

Die separatistischen Bemühungen der muslimischen Bevölkerung in Mindanao gehen noch viel weiter zurück und widersetzten sich schon der spanischen Kolonialmacht im 16. Jahrhundert. Während der Marcos-Ära (1966-86) wurde Mindanao zunehmend von Filipin@s aus dem Norden besetzt, so dass die sogenannten Bangsamoros (Muslime mit philippinischer Abstammung) aber auch Indigene von ihrem Land vertrieben wurden. Der Bangsamoro-Widerstand wuchs und es entstanden diverse muslimische Gruppierungen, die bis heute mehr Unabhängigkeit und ein eigenes Hoheitsgebiet fordern.

Die Facetten der Linken

Die radikale Linke in den Philippinen besteht aus vielen Akteuren und ist hoch komplex. Unter der Führung der *Communist Party of the Philippines* (CPP) schlossen sich verschiedene Akteure mit ähnlicher Ideologie zu einer Koalition namens *National Democratic Front of the Philippines* (NDFP) zusammen, zudem kämpft der bewaffnete Arm *New People's Army* (NPA) in ländlichen Gebieten um Zugang zu und Kontrolle über Land. Im Zuge

des Sturzes von Ferdinand E. Marcos bildeten sich zahlreiche Gruppen und Guerillafronten unter der Linken. Nach dem Sturz von Marcos gab es jedoch politische Differenzen innerhalb der Bewegung, welche in einer Spaltung (*split of rejectionists* (RJ) vs. *reaffirmists* (RA)) mündeten, die bis heute anhält. Die NDFP verlor viele Mitglieder, da diese sich nun mehr gewaltfrei politischen Änderungen widmen wollten. Dennoch sammelt sich unter der Ideologie der radikalen Linken ein breites Bündnis von Parteien, Organisationen und Gruppen, ebenso halten die militärischen Aufstände gegen die Armee und die Regierung an.

Frieden mit der Linken?

Präsident Corazon C. Aquino gelang es, eine erste Runde der Friedensverhandlungen mit der NDFP zu führen. Im Jahr 1998 unter Fidel Ramos wurden zahlreiche Treffen und Verhandlungsrunden vornehmlich in den Niederlanden abgehalten und mündeten in der Verabschiedung zweier Vereinbarungen über die Sicherheits- und Immunitätsgarantien und der Einhaltung der Menschenrechte und der Anerkennung des internationalen humanitären Rechts.

Unter der Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo eröffnete die Armee im Jahr 2001 eine Aufstandsbekämpfung gegen NPA und intensivierte somit militärische Gefechte in ländlichen Gebieten. Diese Maßnahme gefährdete auch linke Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen, An-

wält*innen, Umweltaktivist*innen, sowie Indigene und Bauer*innen, da diese häufig vom Militär als NPA Rebellen gebrandmarkt wurden. Unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und außergerichtlichen Morden.

Im Jahr 2011 erklärten sich beide Seiten dazu bereit, neue Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft des norwegischen Außenministeriums aufzunehmen. Dennoch wurden erst unter Duterte im Jahr 2016 die Friedensgespräche ernsthaft angestoßen. Die vier Verhandlungstreffen zwischen der CPP unter José Maria Sison und der philippinischen Delegation unter Jesus Dureza verliefen sehr vielversprechend. Duterte entließ 31 (der etwa 400) politische Gefangene und vergab vier Ministerposten an der CPP nahe stehenden Personen. Der einstweilige Waffenstillstand wurde vermehrt durch militärische Übergriffe der NPA als auch des Militärs gebrochen. Weitere Angriffe der NPA veranlassten Duterte dazu die Friedensverhandlungen auf Eis zu legen, die NPA als Terroristen einzustufen und sie unter dem im Mai 2017 ausgerufenen Kriegsrecht erneut zu bekämpfen. Neben den diplomatischen Verhandlungen sollten verstärkt auch Initiativen auf lokaler Ebene den Prozess begleiten und unterstützen.

Der Friedensweg der Bangsamoro

Das Friedensabkommen mit der *Moro National Liberation Front* (MNLF) unter Nur Misuari von 1997 begründete zwar eine gewisse Unabhängigkeit der Autonomen Region Muslimisches Mindanao (ARMM), die aber für einige nicht zufriedenstellend war. So entstand die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF), die bis heute mit der Regierung in Verhandlungen um ein autonomeres Bangsamoro-Territorium ist. Diese Friedensverhandlungen bekommen weitaus mehr Aufmerksamkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen,

Initiativen und NGOs als die Verhandlungen mit der Linken. Die lokale Bevölkerung ist sehr um inter-religiösen Austausch bemüht, so dass der Konflikt vorrangig von politischen und wirtschaftlichen Interessen getrieben ist.

Für die Verfassung des *Bangsamoro Basic Law* (BBL), eines Gesetzesentwurfs, wurde eine Kommission (BTC) eingerichtet, die sowohl die Anliegen der Regierung, der Bangsamoro als auch der Indigenen berücksichtigen soll. Ebenso entstand im Jahr 2004 das *International Monitoring Team* (IMT) mit 60 Mitgliedern, darunter Staaten wie Malaysia, Indonesien, Japan, und auch die EU. Nachdem die Unterzeichnung des Entwurfs im Jahr 2008 durch die plötzliche Entscheidung des Obersten Gerichtshof - dieser sei verfassungswidrig - abgewendet wurde, kam es zu zahlreichen militärischen Auseinandersetzungen, über hunderttausende Binnenflüchtlingen und etlichen Toten. Die ARMM ist die ärmste Region des Landes mit der höchsten Waffendichte, dies vor allem zu Lasten der Zivilbevölkerung.

Das BBL wurde erneut im Jahr 2014 unter Präsident Aquino eingereicht und nach einem Angriff der MILF (mit 44 getöteten Polizist*innen) wiederum abgelehnt. Im Februar 2017 ernannte Präsident Duterte eine neue BTC, deren BBL-Entwurf im Juli 2017 dem Präsidenten vorgelegt wurde und dann vom Kongress abgestimmt werden muss. Eine große Herausforderung auf beiden Seiten ist die Präsenz von anderen radikalen, islamistischen Gruppen wie der *Bangsamoro Islamic Freedom Fighters*, der Abu Sayyaf und Maute Gruppe. Die MILF steht der Regierung auch unter dem aktuellen Kriegsrecht bei der Bekämpfung dieser Terroristengruppen zur Seite. Dennoch birgt dieser Krieg auch die Gefahr auf mehr Frustration und Armut sowie weiterer Gewaltspiralen – ganz zu schweigen von zivilen Opfern. •

Quellen/Weiterführende Literatur:

- Rainer Werning, Niklas Reese (Hrsg.) (2012): *Handbuch Philippinen*
- BPB (2016): *Philippinen - Mindanao*
- forumZFD (2017): *Eskalation auf den Philippinen – Hintergründe zum Abbruch der Friedensverhandlungen.*
- *Philippinen Magazin* (2016): *Friedensverhandlungen Philippinen.*

Herausgeber:

philippinenbüro e.V.
Hohenzollernring 52, 50672 Köln
www.philippinenbuero.de

in Verbindung mit:
Ökumenische Philippinen Konferenz
c/o Karl Schönberg
Bernhardstr. 153a, 50968 Köln